



Stenographischer Bericht

56. Sitzung

am Donnerstag, dem 27. Februar 1997,
in Magdeburg, Rathaus

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten4129

Beschlüsse zur Tagesordnung

Herr Dr. Bergner (CDU)4129, 4131
Herr Dr. Fikentscher (SPD)4130
Herr Bullerjahn (SPD)4131, 4133
Herr Scharf (CDU)4133

Erklärungen vor Eintritt in die Tagesordnung

Minister Herr Dr. Schucht4131
Herr Dr. Bergner (CDU)4134
Herr Tschiche (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)4136

TOP 1

Aktuelle Debatte

- a) **Grundstückskaufverträge nach dem
Modrow-Gesetz (Gesetz über den Ver-
kauf volkseigener Gebäude vom
7. März 1990)**

Antrag der Fraktion der PDS - Drs. 2/3246

Frau Geikler (PDS)4137
Minister Herr Dr. Püchel4138
Herr Tögel (SPD)4140

Herr Remmers (CDU)4141
Herr Engel (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)4143

- b) **Die aktive Arbeitsmarktpolitik unter
den Bedingungen der Haushaltskür-
zung der Bundesanstalt für Arbeit (BA),
den Förderbedingungen der Altbundes-
länder und dem Arbeitsförderungsre-
formgesetz (AFRG)**

Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 2/3247 neu

Frau Fischer (Leuna) (SPD)4143
Herr Prof. Dr. Böhmer (CDU)4145, 4153
Frau Dirlich (PDS)4147, 4154
Frau Behnke (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)4149
Ministerin Frau Dr. Kuppe4151

- c) **Demonstration am 22. Februar 1997 in
Magdeburg**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜ- NEN - Drs. 2/3251

Herr Tschiche (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)4155, 4165
Minister Herr Dr. Püchel4157
Herr Scharf (CDU)4158
Frau Leppinger (SPD)4160
Frau Dr. Hein (PDS)4161
Frau Dr. Sitte (PDS)4163

Herr Dr. Bergner (CDU)	4164, 4165
Herr Lehmann (SPD)	4165
Herr Dr. Fikentscher (SPD)	4165

Persönliche Bemerkung gemäß § 67 GO

Herr Dr. Bergner (CDU)	4166
------------------------------	------

TOP 2

Aussprache zu Großen Anfragen

a) Verkehrspolitik in Sachsen-Anhalt

Große Anfrage der Fraktion der CDU
- Drs. 2/2449

Antwort der Landesregierung - Drs. 2/2761

Herr Dr. Daehre (CDU)	4167, 4181, 4184
Minister Herr Dr. Heyer	4173, 4184
Herr Sachse (SPD)	4178
Herr Kasten (PDS)	4179
Herr Engel (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)	4180

b) Stärkung der Innovationsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen durch die Technologiepolitik des Landes Sachsen-Anhalt

Große Anfrage der Fraktion der CDU
- Drs. 2/2672

Antwort der Landesregierung - Drs. 2/2999

Herr Prof. Dr. Spotka (CDU)	4185, 4193
Minister Herr Dr. Schucht	4188
Frau Thomann (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)	4190
Herr Dr. Süß (PDS)	4190
Herr Dr. Eichler (SPD)	4191

TOP 3

Fragestunde - Drs. 2/3235

(Zu Protokoll gegeben)

TOP 4

Zweite Beratung

Entwurf eines Feld- und Forstordnungsgesetzes (FFOG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drs. 2/2601

Beschlußempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
- Drs. 2/3144

Änderungsantrag der Fraktionen des Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD
- Drs. 2/3223

Änderungsanträge der Fraktion der PDS
- Drs. 2/3254 und 2/3255

Änderungsantrag mehrerer Abgeordneter
- Drs. 2/3275

(Erste Beratung in der 45. Sitzung des Landtages am 20.09.1996)

Herr Rieck (Berichtersteller)	4194
Herr Weiland (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)	4195
Herr Czeke (PDS)	4196
Herr Nägler (CDU)	4196

Beschluß

4197

TOP 5

Zweite Beratung

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Graduiertenförderungsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drs. 2/2945

Beschlußempfehlung des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft - Drs. 2/3178

(Erste Beratung in der 53. Sitzung des Landtages am 13.12.1996)

Herr Ernst (Berichtersteller)

4199

Beschluß

4199

TOP 6

Zweite Beratung

a) Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Frauenförderungsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drs. 2/1984

Überweisung des Entwurfs eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Frauenförderungsgesetzes

Beschluß des Landtages - Drs. 2/38/2070 B

Beginn: 10.03 Uhr.

Präsident Herr Dr. Keitel:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 56. Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt der zweiten Wahlperiode. Dazu möchte ich Sie, verehrte Anwesende, auf das herzlichste begrüßen.

Ich stelle die Beschlußfähigkeit des Hohen Hauses fest.

Hinsichtlich der Nichtanwesenheit von Mitgliedern der Landesregierung habe ich Ihnen folgendes mitzuteilen: Der Minister der Finanzen Herr Schaefer entschuldigt sich für die Landtagssitzung am heutigen Tage. Er nimmt in Bonn an der Konferenz der Finanzminister teil. Die Ministerin für Raumordnung, Landwirtschaft und Umwelt Frau Heidecke entschuldigt sich ebenfalls für die heutige Sitzung des Landtages. Sie nimmt in Bonn an der Sitzung des Bundestages teil. Inhaltlich geht es hierbei um das Endlager für radioaktive Abfälle in Morsleben.

Meine Damen und Herren! Bevor wir zur Tagesordnung übergehen, lassen Sie mich folgende Erklärung abgeben:

Der gewaltsame Tod des 17jährigen Frank Böttcher am 9. Februar 1997 und die darauf folgenden Ereignisse sind heute Gegenstand einer Erörterung im Landesparlament. Ich gehe davon aus, daß alle Beteiligten sich des Ernstes der Situation bewußt sind und ohne Wenn und Aber Gewalt von einzelnen oder Gruppen und damit die Verletzung des Gewaltmonopols des Staates einmütig ablehnen.

In diesem Zusammenhang gebühren dem Handeln sowohl der Polizei wie auch der Staatsanwaltschaft Dank und ein uneingeschränkter Vertrauensbeweis seitens der Politik in Sachsen-Anhalt.

(Beifall im ganzen Hause)

Meine Damen und Herren! Gewalt ist ein Phänomen, das sich nicht nur durch den Gebrauch von Fäusten und Waffen artikuliert, sondern Gewalt mit und durch Worte ist ebenfalls Realität. Gerade als Parlamentarier sollten wir uns dessen bewußt sein und dieser subtileren Erscheinungsform von Gewalt widerstehen.

Meine Damen und Herren! Ich informiere Sie an dieser Stelle darüber, daß ich in Ihrer aller Namen mit Schreiben vom 13. Februar 1997 den Angehörigen des durch Gewalt ums Leben gekommenen Frank Böttcher das Mitgefühl und die Verpflichtung, die Täter zu ermitteln und darüber hinaus jeder Gewaltform entgegenzutreten, mitgeteilt habe. Ich habe des weiteren am Tage der Beerdigung von Frank Böttcher ein Trauergebinde am Grabmal niederlegen lassen, dessen Schleifentext der gleichen Intention folgt.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich zu Ehren des durch Gewalt ums Leben gekommenen Frank Böttcher von Ihren Plätzen zu erheben. - Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren! Ich komme nunmehr zur Tagesordnung der 33. Sitzungsperiode des Landtages. Sie liegt Ihnen vor.

Eingangs erlaube ich mir, darauf hinzuweisen, daß im Ältestenrat vereinbart wurde, die Tagesordnungspunkte 25 und 12 in dieser Reihenfolge als erste Punkte am morgigen Tag zu behandeln.

Am 24. Februar 1997 wurde durch die Fraktion des Bündnis 90/DIE GRÜNEN fristgemäß folgendes Thema für eine Aktuelle Debatte eingereicht: „Demonstration am 22. Februar 1997 in Magdeburg“. Der Antrag der Fraktion des Bündnis 90/DIE GRÜNEN liegt Ihnen in der Drs. 2/3251 vor. Ich schlage Ihnen vor, dieses Thema als Tagesordnungspunkt 1 c in die Tagesordnung aufzunehmen.

Des weiteren liegt Ihnen in Drs. 2/3270 der Entwurf eines dritten Gesetzes zur Änderung des Wahlgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt vor. Es handelt sich um einen Gesetzentwurf von drei Fraktionen; er ist von den Fraktionen der CDU, der SPD und des Bündnis 90/DIE GRÜNEN eingereicht worden. In der letzten Sitzung des Ältestenrates ist über die mögliche Behandlung dieses Gesetzentwurfes in der jetzigen Landtagssitzung bereits diskutiert worden.

Ich frage nunmehr, ob das Plenum einverstanden ist, in Abweichung von den in § 26 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung vorgegebenen Fristen den Gesetzentwurf heute in erster Lesung zusätzlich auf die Tagesordnung zu setzen. - Ich sehe, daß sich dagegen kein Widerspruch erhebt. Dann werden wir so verfahren.

Ich schlage Ihnen ergänzend vor, daß der Tagesordnungspunkt zwar die Nummer 46 erhält, aber nach Punkt 11 in die heutige Tagesordnung eingeordnet wird, das heißt, nach den in erster Lesung zu behandelnden Gesetzentwürfen aufzunehmen ist. - Ich sehe, daß sich auch dagegen kein Widerspruch erhebt.

Mir ist bekannt, daß die Fraktion der CDU den Tagesordnungspunkt 2 c von der Tagesordnung nehmen will. Das ist allen Fraktionen rechtzeitig vorher mitgeteilt worden. Erhebt sich gegen die Absetzung von der Tagesordnung Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich frage nunmehr, ob es ergänzend zu meinen Ausführungen zur Tagesordnung weitere Wortmeldungen gibt. - Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann ist die Tagesordnung inklusive der Ihnen vorgetragenen und von Ihnen akzeptierten Punkte so bestätigt.

Herr Dr. Bergner, bitte.

Herr Dr. Bergner (CDU):

Herr Präsident, ich bitte als Fraktionsvorsitzender vor Eintritt in die Tagesordnung kurz um das Wort.

Präsident Herr Dr. Keitel:

Bitte.

Herr Dr. Bergner (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte das Parlament über einen Briefwechsel, den ich im Auftrag der CDU-Fraktion mit dem Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei geführt habe, informieren.

Ich habe mit Schreiben vom 19. Februar 1997 unter Bezugnahme auf die jüngst veröffentlichten Arbeitslosenzahlen - 279 386 Arbeitslose im Lande - die Landesregierung um die Abgabe einer Regierungserklärung gebeten. Mir schien dies deshalb angebracht, weil die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Sachsen-Anhalt in krassem Gegensatz zu den Ankündigungen der Regierungsfaktionen im Wahlkampf, in krassem Gegensatz zur Koalitionsvereinbarung und in krassem Gegen-

spielsweise für eine Staffelung der Mehrwertsteuer. Herr Böhmer hat dies angesprochen. Wir denken darüber nach, daß man Lebensmittel und Bücher nur noch mit 7 % besteuern sollte, alles andere mit 15 %. Dafür könnten aber die Leute, die sich Nobelkarossen leisten, durchaus 20 % Mehrwertsteuer dafür zahlen. Ich denke, daß sie deswegen nicht am Hungertuch nagen müssen.

(Beifall bei der PDS - Herr Dr. Bergner, CDU: Wissen Sie denn, daß die Mehrwertsteuer gestaffelt ist?)

Wir schlagen eine Einmalabgabe auf große Geld- und Immobilienvermögen vor. Das ist ein Vorschlag, den Richard von Weizsäcker im August 1990, als er noch Bundespräsident war, gemacht hat.

Wir wollen, daß die Steuerhinterziehung bekämpft wird. Wir sind natürlich auch der Meinung, daß es nicht gelingen wird, die gesamten 150 Milliarden DM, die jährlich an Steuern hinterzogen werden, einzufangen. Aber vielleicht gelingt es, wenigstens 10 % davon - das wären 15 Milliarden DM - einzufangen. Damit könnte man schon ein öffentlich finanziertes Beschäftigungsprogramm beginnen.

Wir wollen einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor. Wenn wir damit bundesweit etwa 300 000 Menschen in Arbeit bringen, dann zahlen diese Leute Steuern, fragen Waren und Dienstleistungen nach. Damit wird die Binnennachfrage gestärkt. Auch das muß man berücksichtigen, wenn man über Ausgaben für diese Dinge redet; es kommt doch auch wieder etwas herein.

Wir sind für Steuergerechtigkeit und wollen den Steuerfreibetrag auf 17 000 DM erhöhen. Das sind ca. 1 400 DM im Monat. Das ist die Hälfte des durchschnittlichen Nettoeinkommens, also das, was die EU als Armutsgrenze definiert.

Wir wollen den Eingangssteuersatz senken und damit die kleineren Einkommen entlasten; denn zur Zeit ist es so, daß jeder, der etwas mehr als 1 000 DM im Monat hat, für jede zusätzlich verdiente Mark 26 Pfennige an Steuern bezahlt. Das ist ganz schön viel.

Wir wollen eine andere Staffelung, damit zum Beispiel ein Ingenieur mit 7 800 DM im Monat nicht das gleiche bezahlen muß wie ein Manager, der möglicherweise 1 Million DM verdient. Das ist doch keine Gerechtigkeit! Aber es ist ein Vorschlag der Koalition.

Fazit aus all dem, was ich sage: Wir brauchen in dieser Bundesrepublik eine andere Politik. Wir brauchen einen Regierungswechsel, wenn wir schon den Machtwechsel nicht hinbekommen. Kohl muß weg. - Danke schön.

(Beifall bei der PDS - Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Herr Dr. Wolf:

Meine Damen und Herren! Darf ich die Debatte abschließen? - Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Dann ist das zweite Thema der Aktuellen Debatte erschöpfend behandelt worden.

Ich rufe das dritte Thema auf:

Demonstration am 22. Februar 1997 in Magdeburg

Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN - Drs. 2/3251

Im Ältestenrat wurde eine Fünfminutendebatte vereinbart. Für die einbringende Fraktion nimmt Herr Tschiche das Wort. Bitte sehr, Herr Tschiche.

Herr Tschiche (Bündnis 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zu der Debatte sechs Anmerkungen machen, aber zuvor eine Vorbemerkung. Ich möchte von dieser Stelle aus ausdrücklich Herrn Landtagspräsidenten Dr. Keitel dafür danken, daß er einen Kranz zu dieser Beerdigung geschickt hat und daß er dazu beigetragen hat, daß wir uns heute erhoben haben, um des Opfers zu gedenken.

(Zustimmung bei allen Fraktionen)

In meiner ersten Anmerkung geht es um die Anmeldung der Demonstration und um die Frage, ob man denn diese Demonstration, die von Herrn Baier im Sinne der „Antifaschistischen Jugend“, wie sie sich selbst nennt, angemeldet worden ist, hätte verbieten müssen.

Ich sage: Aus politischen und auch aus moralischen Gründen darf man eine solche Demonstration nicht verbieten. Denn eines ist klar: Wenn in Neu-Olvenstedt ein Mord geschieht, der auf das Konto der rechten Szene geht, dann hat auch das Land die Pflicht, das Demonstrationsrecht nicht einzuschränken, sondern es zu ermöglichen. Meine Damen und Herren! Das Demonstrationsrecht ist eines der wichtigsten Freiheitsrechte der Demokratie.

(Zustimmung von Frau Leppinger, SPD)

Zweite Anmerkung. Es hat dann von Magdeburger Bürgerinnen und Bürgern, vor allem auch von Leuten, die aus unserem Umfeld bzw. aus unserer Partei Bündnis 90/DIE GRÜNEN kommen, einen Aufruf unter der Überschrift „Magdeburger Bürger gegen Gewalt“ gegeben.

Im Gegensatz zum Chef des Verfassungsschutzes, Herrn Heidelberg, denke ich, daß das nicht naiv ist, sondern daß es an eine alte Tradition des Herbstes 1989 anknüpft, indem man mit grünen Bändern versuchte, ein Zeichen zu setzen, nämlich friedfertig und gegen Gewalt in Magdeburg zu demonstrieren.

(Beifall beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und bei der PDS)

Dieser Aufruf ist nun nicht von irgendwelchen Spinnern getragen worden, sondern von Vertretern der Kirchen, von Vertretern der Gewerkschaften, und zwar nicht von irgendwelchen, sondern - ich sage einmal - von Spitzenleuten, auch von der Landtagsfraktion der SPD und auch von Mitgliedern der Landesregierung. Es ist also ein breites Spektrum, das wollte, daß hier etwas geschieht.

Es gibt in diesem Aufruf einen Satz, den ich doch noch einmal in Erinnerung bringen möchte:

„Kinder und Jugendliche sollen in ihrer Not Beistand insbesondere von denen erfahren, denen es besser geht. Wir, die Unterzeichner, rufen die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Magdeburg auf, diese Jugendlichen in ihrer Trauer nicht allein zu lassen.“

Dritte Anmerkung. Diese dritte Anmerkung hat etwas mit meiner Enttäuschung zu tun. Ich bin in zweierlei Richtungen enttäuscht. Ich bin zum einen enttäuscht, daß die CDU-Landtagsfraktion dazu aufgerufen hat,

sich an dieser Demonstration nicht zu beteiligen, weil Ausschreitungen befürchtet werden.

(Herr Taesch, CDU: Mit Recht!)

Wenn der Damm zu brechen droht, kann man nicht als Zuschauer dabeisitzen; man wird eines Tages selber in der Flut ertrinken.

(Beifall beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD - Zustimmung bei der PDS)

Man kann die Bundesrepublik Deutschland nicht mit der Weimarer Republik vergleichen, was ihre demokratische Stabilität anbelangt. Aber die Weimarer Republik ist zuerst am Mangel an aufrechten und einsatzbereiten Demokraten zugrunde gegangen

(Herr Dr. Bergner, CDU: Was ist das denn für ein Vergleich, Herr Tschiche?)

- das muß man sich noch einmal klar machen - und nicht daran, daß man zugelassen hat, daß Rechts und Links in dieser Form auflaufen.

Die zweite Enttäuschung - diese muß ich hier ganz deutlich benennen - besteht darin, daß Mitglieder aus dem PDS-Parteivorstand durch Äußerungen wie „militant“ oder durch Äußerungen aus dem Wagen, der zur Verfügung gestellt worden ist, diese Stimmung angeheizt haben, nicht zur Deeskalierung beigetragen haben, sondern sozusagen den Druck auf den Damm erhöht haben.

Dies sollte man nicht machen. Ich halte das auch nicht für verantwortlich, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ich will noch einen Satz hinzufügen. Wenn diese jungen Leute rufen: „Wir sind gegen den Staatsterrorismus“, dann wissen sie nicht, was Staatsterrorismus ist.

(Beifall beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD - Zustimmung bei der CDU)

Der blutrünstige Nationalsozialismus und der ideologisch verhärtete Sozialismus, beide haben auf ihre Art und Weise eine Form von Staatsterrorismus ausgeführt.

Vierte Anmerkung. Die Polizei hat sich außerordentlich zurückgehalten. Sie hat tatsächlich über einen längeren Zeitraum versucht, zur Deeskalation etwas beizutragen. Sie hat im Vorfeld versucht, Werkzeuge, die zu mörderischen Waffentatigkeiten könnten, zu beschlagnahmen. Sie hat nicht eingegriffen, als die Deutsche Bank mit Steinen beworfen worden ist, sondern erst später, als Häuser gestürmt werden sollten.

Einzelne Polizisten haben dann gesagt: Ihr blöden Politiker, was richtet ihr denn hierbei an!

(Beifall bei der CDU - Herr Rahmig, SPD: Klatscht nicht, auch ihr seid gemeint!)

Daß manche Polizisten dazu neigen, ab und zu auszurasten und zuzuschlagen, ist unbestritten. Dennoch ist im wesentlichen von allen gesellschaftlichen Kräften versucht worden, die Situation nicht eskalieren zu lassen.

Eine fünfte Anmerkung. Ich bin gegen die Stigmatisierung von Magdeburg und von Neu-Olvenstedt.

(Beifall beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD, bei der PDS und von der Regierungsbank)

Es kann doch in einer Gesellschaft, an deren Rändern die Gewalt wächst, in einer Gesellschaft, in der unter den Jugendlichen und den Kindern eine zunehmende Bereitschaft für Gewalttätigkeit vorhanden ist, nicht sein, daß die Öffentlichkeit sagt: Magdeburg - und damit hat es sich erledigt.

Ich bin gegen die Sündenbocktheorie, die hiermit verbreitet wird. Wir reden vielmehr über einen gesamtgesellschaftlichen Vorgang, und es ist nicht Magdeburg allein, es ist auch nicht Neu-Olvenstedt allein; denn immerhin ist Neu-Olvenstedt ein Wohngebiet, das noch vermischt ist, in dem es noch nicht zur völligen Entmischung gekommen ist. Das möchte ich in aller Deutlichkeit sagen.

Ein letzter Punkt. Ich bin gegen die Stigmatisierung der Jugend in diesem Lande.

(Beifall beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und bei der PDS - Zustimmung bei der CDU und von der Regierungsbank)

Unsere Fraktion hat am Anfang der Wahlperiode ein Heft herausgegeben, das Herr Eberhard Seidelpielen unter dem Titel: „Stinos, Glatzen und Linke - Jugend auf der Suche nach neuen Normen und Umgangsformen“ veröffentlicht hat.

Meine Damen und Herren! Bevor ich daraus zitiere, möchte ich noch etwas anderes sagen. Wer meint, es läge ausschließlich an der sozialen Situation, der irrt sich.

(Herr Dr. Bergner, CDU: Richtig! - Herr Dr. Daehre, CDU: Das ist wahr!)

Die soziale Situation trägt sicherlich zu dieser Entwicklung bei. Die Sache ist aber viel komplizierter. Menschen, die zu Gewalttätigkeit neigen, kommen auch aus gutbürgerlichen Familien. Es kommt offenbar etwas anderes dahinter zum Vorschein. Es ist die innere Furcht oder das innere Gefühl, daß man seine Zukunft verloren hat. Es ist ein Zeichen dieser Generation, daß die Zahl derer, die der Meinung sind, sie hätten keine Zukunft, immer mehr steigt.

Vizepräsident Herr Dr. Wolf:

Herr Tschiche, Entschuldigung. Sie haben Ihre Redezeit schon um mehr als das Doppelte überschritten.

Herr Tschiche (Bündnis 90/DIE GRÜNEN):

Ich bin schon bei dem letzten Zitat. - Meine Damen und Herren! Wir sollten nicht übersehen, daß die Mehrheit der Jugendlichen stinknormal ist, wie man zu sagen pflegt.

(Zustimmung beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD - Beifall bei der PDS)

Ich zitiere:

„Die Jugend in Deutschland, auch in unserem Lande, ist ins Gerede gekommen. Jugend und Gewalt ist für viele zum Synonym geworden.“

Wenn wir aber genau hinschauen, merken wir, daß zwischen dem öffentlichen Vorurteil und der tatsächlichen Lage ein großer Unterschied besteht. Lassen wir die Heranwachsenden in dieser komplizierten Situation - wenn ich an die in den vergangenen Stunden geführten Diskussionen denke, dann fällt mir auf, daß auch wir

uns als ziemlich hilflos erweisen - nicht allein! - Ich danke Ihnen.

(Beifall beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und bei der PDS - Zustimmung bei der CDU und von der Regierungsbank)

Vizepräsident Herr Dr. Wolf:

Für die Landesregierung erhält der Herr Innenminister das Wort. Bitte sehr, Herr Dr. Püchel.

Herr Dr. Püchel, Minister des Innern:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein 17jähriger junger Mann - wenn man sein Bild sieht, könnte man sagen, er ist fast noch ein Kind gewesen - wird auf die brutalste und menschenverachtende Weise umgebracht.

Der Mord geschah an einem Wochenende. Die Rundfunkanstalten berichteten in ihren Nachrichtensendungen darüber. Die Menschen in unserem Lande werden davon aufgeschreckt, reagieren mit Trauer und Entsetzen, auch mit Wut über die sinnlose Gewalt.

Die überregionale Presse und die Fernsehanstalten berichten über die Ereignisse von Magdeburg. Parallelen zu den Jahren 1992 und 1994 werden gezogen. Der Name Neu-Olvenstedt ist in aller Munde. Fragen werden aufgeworfen: Ist das ein spezifisches ostdeutsches Problem? Ist das ein Magdeburger Problem? Sind wir der menschenverachtenden Gewalt ausgeliefert? Was können wir, was kann die Gesellschaft dagegen tun? Was ist in dem Mörder vorgegangen? Wie kann ein Mensch so brutal handeln? Was hat sich in den schrecklichen Minuten abgespielt?

Bei einer spontanen Demonstration gibt es erste Ausschreitungen. In den Tagen danach kommt es zu ersten punktuellen Überfällen von Rechten auf Linke bzw. vermeintlich Linke oder von Punks auf Rechte bzw. auf vermeintlich Rechte. In einem Falle reicht der kurze Haarschnitt aus, um Opfer eines Überfalls zu werden. Eine Demonstration von Rechten wird verboten. Das Verbot wird mit polizeilichen Mitteln durchgesetzt.

Die Polizei ermittelt fieberhaft; denn solange der Täter nicht bekannt ist, wird auch keine Ruhe einkehren, droht die Spirale der Gewalt sich weiter zu drehen.

Am Tage der Beerdigung wird der Täter ermittelt und festgenommen, ebenfalls ein 17jähriger, schon mehrmals straffällig gewordener Jugendlicher, der sich zur rechten Szene hingezogen fühlt.

Zwischenzeitlich wird bekannt, daß Jugendliche für den 22. Februar eine Demonstration gegen rechte Gewalt veranstalten wollen. Am 18. Februar rufen Magdeburger Bürgerinnen und Bürger, unter ihnen Kommunalpolitiker, Künstler, Kirchenvertreter, Sportler, Landespolitiker und Gewerkschaftsvertreter, die Magdeburger Bürgerinnen und Bürger auf, sich den Protesten anzuschließen, um die Jugendlichen in ihrer Trauer und in ihrem Protest nicht alleine zu lassen und ein Zeichen gegen menschenverachtende Gewalt zu setzen. Am gleichen Tag meldet der stellvertretende PDS-Landesvorsitzende Frank Baier eine Demonstration für den 22. Februar an.

An der Demonstration nehmen ca. 2 000 Personen teil, unter ihnen ein großer Anteil von Auswärtigen. Der Aufruf an die Magdeburger Bürger fand nur eine sehr geringe Resonanz, vielleicht auch deshalb, weil sich viele Magdeburger gescheut haben, an einer möglichen Sze-

ne-Demo teilzunehmen, von der auch Gewalt ausgehen könnte.

Der Polizeieinsatz war von Anfang an auf Deeskalation eingestellt. Es wurden soviel Kräfte eingesetzt, daß die Polizei bei Ausschreitungen jederzeit einschreiten und diese unterbinden konnte. Dieses Prinzip hat sich bewährt. Die Polizei hatte die Situation zu jeder Zeit im Griff. Ihre Arbeit wurde dementsprechend sowohl von den friedlichen Demonstrationsteilnehmern als auch von den Medien durchweg positiv bewertet.

Bewährt haben sich vor allen Dingen auch die Vorkontrollen auf den Einfallstraßen nach Magdeburg sowie auf dem Bahnhof. Fahrzeuge wurden kontrolliert, Personenkontrollen durchgeführt, verschiedene Gegenstände sichergestellt und Platzverweise ausgesprochen.

Zur Deeskalation gehörte, daß der Demonstrationszug nur von wenigen uniformierten Beamten begleitet wurde und sich im Hintergrund genügend Polizeikräfte bereithielten, um jederzeit eingreifen zu können. Dies wurde auch einmal erforderlich, als linke Demonstranten nach der Zwischenkundgebung versuchten, den Zug in Richtung eines Jugendklubs der rechten Szene zu verlassen. Beim Zurückdrängen der Demonstranten leisteten diese Widerstand.

Herr Tschiche, zu Ihren Ausführungen über die Polizeibeamten: Versetzen Sie sich bitte einmal in einen Polizeibeamten, der dort steht, die Straße abriegeln muß und mit Steinen beworfen wird.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Im Demonstrationzug befanden sich Beamte in Zivil, eine aus Gründen der Gefahrenabwehr und der Strafverfolgung gebotene Maßnahme, da, wie gesagt, nur wenige uniformierte Beamte den Zug begleiteten. Durch diese Zivilbeamten konnten die Randalierer vor dem Parkhaus, der ersten kritischen Stelle der Demonstration, beobachtet und hinterher festgenommen werden.

Auch diese Taktik hat sich bewährt. Es mutet schon fast schizophren an, wenn der Polizei im nachhinein ein doppeltes Spiel vorgeworfen wird. Hierdurch versucht jemand, Verantwortung abzuwälzen und von den eigentlichen Tätern, vielleicht auch vom eigenen Versagen abzulenken.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Über die Gründe möchte ich nicht weiter spekulieren.

(Zuruf von Herrn Dr. Daehre, CDU)

Zu einer weiteren Eskalation kam es am Abend in der Friesenstraße, als Punks Straßenbarrikaden aus Straßenbäumen errichteten und den Straßenverkehr zum Erliegen brachten. Da es auch in Magdeburg keine rechtsfreien Räume geben kann, schritt die Polizei ein, beseitigte die Barrikaden, folgte den beteiligten Personen, die sich in ein Haus geflüchtet hatten, und nahm 40 von ihnen in Verhinderungsgewahrsam.

Die Lage im Stadtgebiet beruhigte sich dann. Die Demonstration selbst war gegen 18 Uhr friedlich zu Ende gegangen.

Die Randalierer haben dem Ansehen der Stadt geschadet. Ich beziehe auch die Personen mit ein, die direkt oder indirekt zur Gewalt aufgerufen haben.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Ich hätte darüber hinaus von allen Rednern der Anfangskundgebung eine ganz eindeutige Absage an die Gewalt erwartet, wie sie vom Domprediger Quast oder von Herrn Tschiche zu hören war.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Gerade mit Blick auf offensichtlich gewaltbereite Teilnehmer auf dem Marktplatz hätte der Appell zum gewaltfreien Protest gar nicht ausdrücklich und oft genug erfolgen können.

Positiv auf das Bild der Demonstration ausgewirkt hat sich der Polizeieinsatz. Durch das vorbildliche Verhalten der Beamtinnen und Beamten konnte Schlimmeres verhindert werden. Dafür danke ich ihnen von dieser Stelle aus.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU - Zustimmung von Frau Thomann, Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Leider wurden 22 Beamte verletzt, davon sind zwei Beamte noch krankgeschrieben. Die Verantwortung dafür tragen diejenigen, denen nicht an einer gewaltfreien Demonstration gelegen war, bzw. diejenigen, die die Gewalttätigkeit geduldet haben, obwohl sie vielleicht zu den Organisatoren gehört haben.

Ich habe keinerlei Verständnis dafür, daß von einer Demonstration Gewalt ausgeht, zumal sie gegen Gewalt gerichtet war. Wer bundesweit zu einer Demo unter diesem Motto einlädt und bei der Demo zuläßt, daß zu Gewalt aufgerufen wird, muß damit rechnen, daß es zu Ausschreitungen kommt. Ich hoffe nicht, daß diejenigen Gewalt einkalkuliert haben, ausgetragen auf dem Rücken der Polizeibeamtinnen und -beamten und der Stadt Magdeburg.

Wer hier sein Süppchen kochen wollte, spielte mit dem Feuer. Hiermit meine ich nicht die Unterzeichner des Aufrufs „Magdeburger Bürger gegen Gewalt“. Ich habe Achtung vor denjenigen, die als friedliche Demonstrationsteilnehmer unter persönlichem Risiko versucht haben, Randalen zu verhindern.

Positiv erwähnen möchte ich auch die Demonstranten aus der linken Jugendszene, die durch ihre friedlichen Teilnahme an der Demo ein Zeichen geben wollten für ihre Trauer und gegen die sinnlose Gewalt.

(Zustimmung bei der SPD - Beifall beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Wer Gewalt anwendet - dies gilt auch bei Demonstrationen -, verletzt die Würde und die körperliche Integrität anderer, er verläßt den Boden des Grundgesetzes.

Ein Wort zu dem Zitat von Frau Ferchland: „Ob friedlich oder militant, wichtig ist der Widerstand“. Dem kann ich nur entgegenen, wer zur Gewalt aufruft, unterscheidet sich nur wenig von dem, der sie dann ausübt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Herr Dr. Wolf:

Für die CDU-Fraktion nimmt Herr Scharf das Wort. Bitte sehr, Herr Scharf.

Herr Scharf (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Diese Aktuelle Debatte findet statt, weil es diesen Mord oder den

Totschlag an dem Magdeburger Jugendlichen Frank Böttcher gegeben hat. Nach den vorläufigen Ermittlungsergebnissen dürfen wir hoffen, daß der Sachverhalt schnell und umfassend aufgeklärt werden kann. Dann hat die unabhängige Justiz zu wirken, und unser Rechtsstaat wird zeigen, daß sie dieses tatsächlich tun wird.

Meine Damen und Herren! Die Debatte findet auch statt, weil zu einem Zeitpunkt, an dem noch niemand wußte, wer der Tatverdächtige war, dieses Gewaltverbrechen von wiederum zur Gewalt neigenden Gruppen instrumentalisiert wurde.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Diese Debatte findet leider auch statt, weil mit der Unterzeichnung des Aufrufs „Magdeburger Bürger gegen Gewalt“ vom 17. Februar demokratische Persönlichkeiten zumindest fahrlässig und unbedacht gewaltbereiten Chaoten erst den legalen Auftakt für ihre Gewalttätigkeiten ermöglicht haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Nicht fahrlässig, sondern verantwortungslos ist die Unterzeichnung dieses Aufrufs durch Mitglieder der Landesregierung; denn sie wußten, was sie taten. Sie kannten die Einschätzung der Lage. Wenn Herr Heidelberg in der „Volksstimme“ berichtet, wie der Verfassungsschutz die Lage eingeschätzt hat, dann müssen wir doch davon ausgehen, daß die entsprechenden Lageberichte, die selbstverständlich der Landesregierung zur Verfügung standen, mindestens genauso deutlich gewesen sind.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb, meine Damen und Herren, können wir Ihnen diesen Vorwurf nicht ersparen.

Wir werden es auch nicht zulassen, daß zwischen Bürgern und Ministern unterschieden wird, die denselben Namen haben. Sie haben als Mitglieder der Landesregierung zu dieser Demonstration aufgerufen und sich an dieser Demonstration beteiligt und stehen deshalb als Landesregierung für diese Demonstration mit in der Verantwortung.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Der gewalttätige Verlauf der Demonstration war zu erwarten. Er muß auch Ihnen jetzt zeigen, daß Solidarisierungen mit potentiellen Gewalttätern fehl am Platze sind. Es hat niemand etwas davon. Sie wollen uns alle nicht, sie wollen unseren Staat zerstören.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Klar ist auch, daß die Magdeburger nicht einfach nur deshalb nicht mitmarschieren, weil sie Angst hatten. Die Magdeburger haben die Vorbereitung und Durchführung dieser Demonstration, wie sie schließlich auch abgelaufen ist, mit großem Abscheu verfolgt. Sprechen Sie einmal mit den Leuten! Die Empörung im Volk ist groß.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der PDS)

Meine Damen und Herren! Wer wie die Sprecherin der PDS Frau Ferchland mit der Behauptung, der Staat unterstütze den Naziterror, die Stimmung anheizt, zeigt

klar, daß er diese Demonstration für seine Ziele, die da heißen: Kampf gegen den Sozialstaat und den Rechtsstaat, nutzen will.

(Beifall bei der CDU)

Wer mit dem Aufruf „Friedlich oder militant - wichtig ist der Widerstand“ zum Aufruhr aufruft, der demaskiert sich selbst als gewalttätig und wollte diese Demonstration benutzen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Wir werden von der Landesregierung verlangen, daß im Innenausschuß ausführlich über die Vorbereitung und den Verlauf dieser Demonstration berichtet wird. Dort muß, wenn alles auf dem Tisch liegt, klar aufgeklärt werden, wer Schuld hat am Verlauf dieser Ereignisse. Es nützt nichts, Herr Innenminister, im nachhinein den Verlauf der Ereignisse zu beklagen. Sie müssen als Innenminister präventiv handeln, und eine Zeitlang waren Sie nach unserer Auffassung weit abgetaucht.

(Beifall bei der CDU)

Soweit zur Kritik, meine Damen und Herren.

(Frau Doll, SPD: Was hätte er denn machen sollen? - Herr Rahmig, SPD: Reichlich geschmacklos! - Herr Engel, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Wo war denn die CDU? - Zurufe von der PDS)

Wie soll es weitergehen in Neu-Olvenstedt? Meine Damen und Herren! Wir brauchen in Neu-Olvenstedt und für Neu-Olvenstedt keinen Aktionismus. Es gibt in Neu-Olvenstedt Jugendklubs und es gibt Sozialarbeiter. Ein weiteres Jugendfreizeitzentrum wird im Spätsommer eröffnet. Die Zuschüsse für die Jugendarbeit freier Träger werden im Jahr 1997 noch einmal deutlich erhöht. Die Spielplatzgestaltung ist in Teilen von Olvenstedt schon jetzt vorbildlich.

Nicht mehr Geld für die Jugend- und Sozialarbeit wird uns automatisch dazu bringen, die Gewalttätigkeiten unter Jugendlichen zurückzudrängen. Wir müssen, meine Damen und Herren, in Neu-Olvenstedt helfen, die Familien zu stärken und zu festigen. Denn es ist wahr: Es leben in Neu-Olvenstedt mehr Familien als in anderen Stadtteilen, die sich selbst nicht stabilisieren können. Es gibt dort mehr sogenannte Alkoholwaisen als anderswo. Insofern ist dieser Stadtteil tatsächlich problematisch.

Weitere Maßnahmen der Stadtteilentwicklung können durchaus helfen. Im Programm für die Wohnumfeldverbesserung haben wir Geld. Wir können zusammen mit den Stadträten in Magdeburg, die sich schon über Projekte unterhalten haben, gezielt helfen, soweit das inzwischen möglich ist.

Ich denke da zum Beispiel an einen weiteren Bolzplatz. Darüber wird schon mit den Stadträten diskutiert. Wenn wir helfen können, schaffen wir einiges. Wenn wir den Stadträten auch helfen, einen Ersatz für das inzwischen geschlossene Stadtbad vielleicht in diesem Stadtteil zu schaffen, stabilisieren wir auch die Jugendarbeit durch begleitende Hilfe. Der größte Teil der Investitionen muß natürlich von der Stadt Magdeburg kommen. Dazu ist diese aber auch bereit. Wenn wir noch etwas mit dazu tun, helfen wir hier tatsächlich.

Meine Damen und Herren! Der eingeschlagene Weg der soziologischen Stabilisierung von Neu-Olvenstedt muß

konsequent weitergegangen werden. Wir brauchen jedoch keine hilflose Betroffenheit der Verantwortungs-träger.

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen Hilfs- und Entwicklungsangebote, gepaart mit einer konsequenten Bekämpfung von Gewalt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Wolf:

Herr Scharf, gestatten Sie noch eine Frage? - Bitte sehr, Herr Engel.

Herr Engel (Bündnis 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege Scharf, können Sie mir ein Beispiel dafür nennen, wie die CDU-Fraktion und der CDU-Landesvorstand zur Deeskalation der Lage hier in Magdeburg beigetragen haben? Das ist meine erste Frage.

(Beifall beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und bei der PDS)

Haben Sie zur Kenntnis genommen, daß sich Unionsmitglieder, auch Unionsmitglieder auf kommunaler Ebene, sehr wohl an der Demonstration beteiligt haben? Ist dies nicht auch eine Doppelzüngigkeit, die Sie hier an den Tag legen? Wenn es gut geht, waren Sie dabei, und wenn es nicht gut geht, stellen Sie sich hin und halten hier verstaubte Moralpredigten!

(Beifall beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und bei der PDS)

Herr Scharf (CDU):

Herr Engel, darauf möchte ich Ihnen ganz klar antworten: Wir waren aufgefordert, den Aufruf Magdeburger Bürger gegen Gewalt zu unterzeichnen.

(Herr Dr. Daehre, CDU: So ist es!)

Wir haben überlegt, ob wir uns diesem Aufruf anschließen können oder nicht. Wir haben nach der Prüfung festgestellt: Wir können uns diesem Aufruf nicht anschließen, und wir können ihn auch nicht einfach nur beiseite legen, wir müssen reagieren. Deshalb haben wir mit einer eigenen Erklärung gewarnt vor den Ereignissen, die, wenn sie so stattfinden, wie angekündigt, in Magdeburg eintreten werden.

(Beifall bei der CDU - Herr Dr. Daehre, CDU: So ist das!)

Herr Engel, wir sind nicht froh darüber, daß wir uns im nachhinein bestätigt fühlen. Denn wir haben nicht versucht, Magdeburg weiter in die Öffentlichkeit, in die Schlagzeilen zu bringen, damit in Deutschland, wo man Magdeburg nicht genau kennt, die Stadt vielleicht als braune Stadt diffamiert wird. Wir wollten dies alles nicht.

(Herr Engel, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Sie haben hinter der Gardine gestanden wie 1989! Das war Ihr Beitrag! Hinter der Gardine haben Sie gestanden! - Lebhafter Beifall beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und bei der PDS)

Wir wollten alles dieses nicht, Herr Engel. Wir meinen, daß die Polizei, wenn sich nicht Mitglieder der Landesregierung so früh für diese Demonstration ausgespro-

chen hätten, auch andere Handlungsmöglichkeiten gehabt hätte

(Lachen bei der PDS)

und wir vielleicht vor dieser Gewaltszene in Magdeburg, wie sie sich entwickelt hat, hätten bewahrt werden können.

(Herr Dr. Daehre, CDU: Genau so ist es! - Zurufe von der SPD und von der PDS)

Dies ist verspielt worden, von einigen durch Fahrlässigkeit, von anderen durch Nachlässigkeit, die von unserer Seite her nicht zu entschuldigen ist. Herr Engel, Sie finden in Magdeburg bei der CDU eine klare Linie, und Sie finden eine Persönlichkeit, die sich daran nicht gehalten hat. Das ist in der Volkspartei so. Aber sonst finden Sie in Magdeburg eine klare Linie.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Wolf:

Für die SPD-Fraktion nimmt Frau Leppinger das Wort. Bitte sehr, Frau Leppinger.

Frau Leppinger (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Man kann einigermaßen sicher sein, daß uns die Geschehnisse der beiden vergangenen Wochen noch eine Weile in Erinnerung bleiben werden. Ich glaube, daß dies der Fall ist, weil uns die Demonstration vom vergangenen Sonnabend als Höhepunkt und hoffentlich als Abschluß der Entwicklung der letzten Tage schmerzlich vor Augen führt, daß sich ein Bruch mit den friedlichen Traditionen aus dem Herbst 1989 vollzogen hat

(Herr Dr. Bergner, CDU: Das ist der entscheidende Punkt!)

oder daß es jedenfalls nicht mehr die Demonstranten von 1989 sind, die das Geschehen bestimmt haben.

(Zustimmung bei der CDU - Herr Dr. Bergner, CDU: So ist es, Herr Engel!)

Es waren zum überwiegenden Teil aus Westdeutschland angereiste Gruppen, aber auch diejenigen, die in der Nachfolge der Partei stehen, gegen die sich die Demonstrationen im Herbst 1989 gerichtet haben.

(Zustimmung bei der CDU)

Sie haben das Bild dieser Demonstration geprägt, und das, obwohl auch Magdeburger Bürgerinnen und Bürger zum Protest gegen Gewalt aufgerufen haben.

Der Anlaß ist bekannt. Der 17jährige Frank Böttcher, dessen Leben gerade erst anfang, wurde durch eine niederträchtige und brutale Tat getötet. Dieser Mord, aber auch angekündigte Vergeltungsaktionen waren der Anlaß für viele, den Versuch zu unternehmen, hier Grenzen aufzuzeigen und zu bekunden, daß die Mehrheit der Gesellschaft derartig menschenverachtende Gewalt nicht hinnehmen will.

(Zustimmung bei der SPD und beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Diesem Aufruf für ein gewaltfreies Miteinander hat sich die Mehrheit meiner Fraktion angeschlossen. Natürlich waren sich die meisten von uns darüber im klaren, daß unter den angekündigten anreisenden Teilnehmern der Demonstration auch einige gewaltbereite sein würden. Wir können aber der Gewalt nicht dadurch wirkungsvoll

entgegentreten, daß wir unseren Protest nicht öffentlich zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der PDS)

Denn gerade die Tatsache, daß viele Menschen aus Angst vor Auseinandersetzungen zur Gewalt schweigen, bildet die Grundlage dafür, daß Gewalt sich weiter ausbreiten kann.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN - Zustimmung bei der PDS)

Wenn wir unseren Protest überall dort unterließen, wo wir mit Auseinandersetzungen zu rechnen haben, würden wir uns eines gerade erst erkämpften fundamentalen Rechts, nämlich unseres Demonstrationsrechts, selbst berauben, und das kann wohl nicht sein.

(Zustimmung bei der SPD, bei der PDS und beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Es war daher richtig und notwendig, die Magdeburger Bürgerinnen und Bürger zu einer Solidaritätsbekundung gegen Gewalt aufzurufen. Es war wichtig und notwendig, daß Domprediger Giselher Quast und Hans-Jochen Tschiche, die beide in ihrer Person wie wenige andere für die Tradition der friedfertigen Demonstrationen im Herbst 1989 in Magdeburg stehen, bei der Kundgebung zu Beginn der Demonstration zur Besonnenheit und Gewaltlosigkeit animiert und so deeskalierend gewirkt haben.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Dennoch, meine Damen und Herren, ist es zu Ausschreitungen während der Demonstration gekommen. Das ist bedauerlich; aber ein schaler Nachgeschmack bleibt vor allem aus einem anderen Grund. Denn wirklich erschütternd war der von der PDS bei der Kundgebung gemachte Versuch, die berechtigte Wut der Punks über den Mord an Frank Böttcher zu einer Abrechnung mit dem Staat zu instrumentalisieren.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN - Zustimmung von Herrn Becker, CDU)

Man mochte seinen Ohren kaum trauen, als das PDS-Vorstandsmitglied Frau Ferchland in ihrer Rede mit der Behauptung, die Herrschenden würden Naziterror und Ausländerfeindlichkeit unterstützen,

(Zuruf von der PDS)

die Stimmung anheizte und am Ende ihrer Rede zu militantem Widerstand aufrief.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Diese Rede wurde von der stellvertretenden Vorsitzenden der PDS-Fraktion Frau Hein unterstützt,

(Unruhe bei der CDU - Herr Becker, CDU: Hört, hört! - Zuruf von der CDU: Schlimm, schlimm!)

die ihre Kampfansage an den Staat allenfalls etwas nuancierter und geschickter verpackt hat.

(Buh! und weitere Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren von der PDS, am Samstag konnte man deutlich sehen: Bei dem pazifistischen Mäntelchen, das Sie hier im Landtag so gerne anziehen, sind die Ärmel lächerlich kurz.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Einige der Organisatoren konnten und wollten nicht an die Tradition der friedlichen Demonstrationen der Wende anknüpfen. Sie haben den Aufruf zur Gewaltlosigkeit in ihren Redebeiträgen nicht nur nicht mitgetragen, sondern, im Gegenteil, in Kauf genommen, die ohnehin schon angeheizte Stimmung zu verstärken. Sie haben sich nicht an den Aufruf und an die Selbstbindung gegen Gewalt und für ein friedliches Miteinander gehalten. Es ging ihnen auch nicht nur um Gewalt oder rechte Gewalt, sondern sie wollten die Gelegenheit nutzen, zum Widerstand gegen den Staat aufzurufen.

(Zustimmung bei der CDU)

Sie haben hiermit ganz klar an eine undemokratische Tradition der Vorwendezeit angeknüpft, nämlich an die Tradition der Manipulation, was daran deutlich wurde, daß ein Redner der SPD gar nicht zugelassen wurde.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Spätestens hier wurde der Versuch aufgegeben, einen breiten Konsens gegen Gewalt herzustellen, und statt dessen wurde versucht, die Wut der jugendlichen Punks zu instrumentalisieren und zu vereinnahmen - makabererweise eine Klientel, die Sie vor wenigen Jahren noch entschieden bekämpft haben und die nur für ihr Anderssein mit Haftstrafen bestraft wurde.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Nach dem Verlauf der Demonstration und den Ausschreitungen dürfte genügend Anlaß für die PDS-Fraktion bestehen, den im Landtag immer wieder geäußerten Anspruch selbstkritisch mit der am vergangenen Samstag in Erscheinung getretenen Wirklichkeit abzugleichen und sich von ihrem Auftreten zu distanzieren.

(Herr Dr. Daehre, CDU: Hervorragend!)

Angesichts der ersten öffentlichen Äußerung aus den Reihen der PDS-Fraktion, mit der Frau Bull der Polizei unterstellt hat, daß diese die Massen im Demonstrationsszug provoziert habe, bin ich diesbezüglich allerdings von wenig Hoffnung erfüllt. Das gilt auch für den Umstand, daß Sie sagen, die Redebeiträge seien in Ihrer Fraktion umstritten.

(Herr Dr. Daehre, CDU, lacht)

Aufgrund der Erfahrungen in der DDR stehe ich Polizeieinsätzen eher mit kritischer Distanz gegenüber; aber für den wirklich schwierigen Einsatz am vergangenen Samstag, bei dem die Polizei angesichts des öffentlichen Interesses unter einem enormen Erfolgsdruck stand, kann man den Polizeibeamtinnen und -beamten nur danken.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Es ist doch überhaupt nur der besonnenen und guten Arbeit der Polizei zu verdanken, daß das Konfliktpotential beherrschbar gehalten werden konnte. Jetzt die Polizei für Ausschreitungen verantwortlich machen zu wollen ist massiv falsch.

Es ist nicht die Aufgabe der Polizei und liegt auch außerhalb ihrer Möglichkeiten, gesellschaftliche Ursachen derartiger Auseinandersetzungen zu lösen. Die Polizei kann nur alles dafür tun, die bestehenden und entstehenden Konflikte mit Besonnenheit zu entschärfen. Dies ist ihr gelungen.

Wenn Sie jetzt, wie Frau Bull es implizit getan hat, die Polizei für Ausschreitungen verantwortlich machen, dann haben Sie nicht nur mitgeholfen, das Feuer am vergangenen Sonnabend am Brennen zu halten; Sie bekämpfen vielmehr jetzt auch noch diejenigen, die auserkoren waren, das Feuer zu löschen.

(Zustimmung bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Das ist zwar in Ihrem Sinne konsequent, aber es ist auch zutiefst undemokratisch

(Zuruf von Herrn Gärtner, PDS)

und, wenn ich an die verwundeten Polizistinnen und Polizisten denke, auch beschämend.

(Zustimmung bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN - Herr Becker, CDU: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich abschließend sagen: Es ist bedauerlicherweise eine Chance vertan worden, eine Chance für einen breiten Konsens gegen Gewalt.

Jochen Tschiche hat am Samstag gesagt: Gewalt ist das Ende der Demokratie. Für diese Demokratie und für das Demonstrationsrecht sind wir im Herbst 1989 angetreten; denn Demokratie ist eine Herausforderung und die Chance überhaupt zu einem friedlichen Miteinander. Jeder, der diese Demokratie untergraben will, bekommt unsere Kampfansage.

(Starker Beifall bei der SPD, bei der CDU, beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Vizepräsident Herr Dr. Wolf:

Frau Leppinger, gestatten Sie eine Frage von Herrn Knolle?

(Frau Leppinger, SPD: Nein! - Herr Dr. Bergner, CDU, gratuliert Frau Leppinger, SPD, zu ihrer Rede - Zuruf von der PDS: Herzlichen Glückwunsch!)

Für die PDS-Fraktion hat Frau Dr. Hein das Wort. Bitte sehr, Frau Dr. Hein.

Frau Dr. Hein (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach der Demonstration am vergangenen Sonnabend und ihrem Verlauf gibt es unter den Beteiligten und Zuschauern viele Diskussionen, die von Verunsicherungen geprägt sind. Auch in der PDS-Fraktion hat es am Dienstag eine ungewöhnlich lange Diskussion zu diesem Ereignis gegeben, und sie ist wohl auch noch nicht abgeschlossen.

(Frau Thomann, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Hinterher zu diskutieren ist zu spät!)

Eine antifaschistische Jugendinitiative hatte nach dem Mord an Frank Böttcher bundesweit zu dieser antifaschistischen Demonstration aufgerufen. Anders als in anderen Städten fanden sich in Magdeburg Politiker und Politikerinnen unterschiedlicher Parteien und Vertreter und Vertreterinnen aus Kultur und von der Kirche ein, um diese Demonstration zu unterstützen.

Von Anfang an war klar, daß die Motive für die Initiatoren und Initiatorinnen und die Unterstützer und Unterstützerinnen zum Teil meilenweit voneinander entfernt

waren. Und dennoch ist das breite Bürgerbündnis, das über die gesamte Demo hielt, eine neue Qualität politischer Reaktion, die nicht hoch genug gewürdigt werden kann. Dieses Bürgerbündnis ist ein wichtiges Signal über Magdeburg hinaus.

(Zustimmung bei der PDS)

Der Verlauf der Demo hat gezeigt, wie explosiv die Lage unter den Jugendlichen ist. Wer in den letzten Wochen die Medien aufmerksam verfolgt hat, kann nicht übersehen haben, daß es geradezu eine Eskalation rechter Gewalttätigkeit gibt und daß Treffen rechtsgerichteter Gruppierungen nahezu einen Boom haben.

Die Politik ist dazu bisher sprachlos geblieben. Der Protest dagegen blieb jenen antifaschistischen Gruppierungen vorbehalten. Ein Großteil von ihnen hat darum der Politik keine echte Solidarisierung zugetraut, wie sie in Magdeburg ansatzweise versucht wurde. Viele der nach Magdeburg gekommenen haben bei Demos in anderen Städten schon ganz andere Erfahrungen, nämlich mit der Abstinenz der offiziellen Politik und in der Konsequenz mit den Knüppeln der Polizei, gemacht, wie eine Woche zuvor in Berlin.

Es ist den zuständigen Behörden in Sachsen-Anhalt hoch anzurechnen, daß sie hier ein anderes Konzept gezeigt haben, daß sie offizielle faschistische Veranstaltungen verhindert haben und daß Kooperation mit ihnen auch in Vorbereitung der Demo am Sonnabend möglich war.

(Zustimmung bei der PDS)

Nicht zu akzeptieren ist dagegen das nach meiner Überzeugung völlig überzogene Vorgehen der Polizei nach der Demo gegen die Punks. Als nachts das Haus in der Friesenstraße 54 von der Polizei gestürmt wurde, weil die Bewohner Baustellenwagen auf die Straße gestellt hatten, was zur Barrikade deklariert worden war, und 40 oder 60 Jugendliche - die Zahlen sind in den Medien unterschiedlich gewesen - deswegen in Gewahrsam genommen wurden, ist meine Intervention gegen diese Aktion vom Innenstaatssekretär mit den Worten abgelehnt worden, die Deeskalation sei beendet.

Was soll man bitte davon halten? Ganz sicher ist doch nicht anzunehmen, daß sich diese Punks bei der nächsten Demo ganz friedlich von der Polizei begleiten lassen.

(Beifall bei der PDS)

Ich verteidige weiß Gott keine Steinerwerfer, nur, die Gleichsetzung von rechter und linker Gewalt und allgemeine Appelle gegen Gewalt helfen dagegen ebenso wenig wie die einheitliche Aburteilung der linken Jugendszene als Chaoten.

(Herr Dr. Eichler, SPD: Na, na!)

Die Haut war sicher auf beiden Seiten dünn, was das Gedächtnisprotokoll eines Bürgers auf der Demo belegt. Ich möchte daraus kurz zitieren:

„Auf einmal rannten zwei jugendliche Demonstranten an uns vorbei, gefolgt von vier knüppelschwingenden Polizeibeamten. Einer der Jugendlichen fiel in das Straßenbahnschotterbett. Ein Polizist schlug auf den am Boden Liegenden ständig ein. Schlichtend stellte ich mich vor den anderen Polizisten und forderte zu Ruhe und

Besonnenheit auf. Plötzlich schrie ein Polizist 'Steine' und alle Polizisten gingen in Deckung. Aber da hatte mich schon längst ein Stein am Hinterkopf getroffen. Andere Jugendliche hatte nur ihren Kameraden gesehen, der am Boden lag und von einem Polizisten geschlagen wurde. So eskalierte die Gewalt.“

(Herr Dr. Eichler, SPD: Was soll denn das?)

„Ein Polizist hetzte seine Umgebung mit den Worten auf: Diese Gewalt haben wir der Politik von Höppner, Tschiche und Co. zu verdanken.“

Die Explosivität der Lage unter den Jugendlichen hat ihre Ursachen nicht in erster Linie in erfahrener Polizeigewalt. Die Verantwortung für diese Situation kann die Politik nicht von sich weisen.

Und, meine Damen und Herren von der CDU, mit der Orientierung Ihrer Politik auf die Begünstigung der sogenannten Leistungsträger dieser Gesellschaft haben Sie die Punks, die nicht selten Opfer faschistischer Gewalt geworden sind, längst aus der Gesellschaft ausgegrenzt.

(Beifall bei der PDS - Zustimmung von Frau Fischer, Leuna, SPD)

Dies aber wollten die Initiatoren und Initiatorinnen der Demonstration und ihre Unterstützer und Unterstützerinnen ausdrücklich nicht.

(Herr Dr. Eichler, SPD: Frau Hein, Sie verkaufen sich im Moment unter Wert! Sie wissen das besser!)

Wer, wie im Gegenaufruf der CDU, zu rechter Ideologie und rechter Gewalt schweigt und zum Schweigen aufruft, duldet sie und macht sie damit gesellschaftlich hoffähig.

(Beifall bei der PDS)

Ihr Versuch, die Auseinandersetzung auf die Ebene von Bandenkriegen herabzuziehen

(Zuruf von Herrn Taesch, CDU)

und der Polizei die Lösung des Problems zu überlassen, ist eine makabre Bankrotterklärung. Die Polizei ist das letzte Glied in dieser Kette, wenn die Politik nicht mehr weiter weiß.

(Zurufe von der SPD)

Ich möchte darum allen, die den langen Marsch mitgemacht haben, und insbesondere denen, die an schwierigen Stellen der Demo zu schlichten versucht haben, meine Achtung aussprechen. Ich fürchte, wir alle werden solche Zivilcourage noch häufiger brauchen. Diese Demo, diese Mahnwachen und die spontane Demo 14 Tage vorher waren als gesellschaftliche Reaktion auf die wachsende neofaschistische Gefahr dringend notwendig und politisch wichtig.

(Beifall bei der PDS)

Noch eine Bemerkung zu dem Vorwurf von Frau Leppinger. Erstens. Wer meine Rede nicht gehört hat, der mag sie gern von mir bekommen und kann sie nachlesen.

(Frau Leppinger, SPD: Ich habe sie gehört, sehr deutlich!)

- Dann wundert mich Ihre Einschätzung sehr.

Zweitens. „Militant“ heißt auch kämpferisch und streitbar. Und zumindest das war Ihre Rede, Frau Leppinger, auch.

(Starker Beifall bei der PDS - Frau Thomann, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Da muß man aber an die Zusammenhänge denken!)

Vizepräsident Herr Dr. Wolf:

Herr Dr. Bergner, ist das eine Wortmeldung, oder möchten Sie eine Erklärung abgeben? - Sie möchten eine Erklärung abgeben. Zuerst hatte Frau Dr. Sitte um das Wort gebeten. Bitte sehr, Frau Dr. Sitte.

Frau Dr. Sitte (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Angesichts des Debattenverlaufs und der hier vorgetragenen Positionen ist es doch nötig, nochmals etwas in aller Deutlichkeit grundsätzlich zu erklären.

Welche Ziele werden insbesondere von der CDU verfolgt, wenn sie sich hier so ausdrücklich mit der Haltung und der Rolle der PDS auseinandersetzt?

Erstens. Sie, Herr Scharf, und Ihre Partei wollen nicht öffentlich über die Ursachen rechter Überfälle, Mordversuche, wie eben in Berlin geschehen, und über Morde reden.

(Beifall bei der PDS)

Zweitens. Das gezielte Ausblenden dieser barbarischen Taten aus Ihrer öffentlichen politischen Wahrnehmung dient der bewußten Vertuschung bzw. des Verschweigens der eigentlichen Ursachen.

(Beifall bei der PDS - Unerhört! bei der CDU)

Drittens. Ihr Verschweigen der Ursachen ist Methode und dient der Durchsetzung von politischen Vorstellungen, die bei genauerer Prüfung entlarvend zeigen, woher die inhaltlichen Anleihen kommen und wessen Gedankengut Sie seit Jahren übernehmen.

(Beifall bei der PDS - Zurufe von der CDU: Das ist unerhört!)

Viertens. Ihre Reduktion auf die PDS

(Zurufe von der CDU)

soll uns aus diesen Diskussionsprozessen ausgrenzen, weil wir Ihnen immer wieder den Spiegel vorgehalten haben. Die PDS soll genauso weg wie alle Kräfte, die Ihre Partei als Mitverursacherin für die gegenwärtige Situation und für den gesamtgesellschaftlichen Rechtsruck benennen.

Fünftens. Daher wollen Sie sich auch nicht wirklich mit dem Problem der jungen Leute beschäftigen. Ihre Forderung nach schärferer Strafverfolgung und mehr Polizeigewalt ist genauso Zeichen politischer Ohnmacht wie es andererseits ebenso Zeichen von empfundener Ohnmacht und Isolation ist, wenn junge Leute gegen die von Ihnen parteipolitisch gewünschten gesellschaftlichen und sozialen Strukturen auftreten.

Aus dieser Situation heraus begegnen wir auch dem gewaltsamen Widerstand. Dieser ist dann sehr offen und sehr direkt. CDU/CSU-Politik aber ist vielschichtiger und besteht zu Teilen aus gewaltsamem Zugriff ebenso wie aus ganz gezielt verfolgten Ausgrenzungen

und Nötigungen als subtileren Mitteln staatlicher Restriktion.

(Lebhafter Beifall bei der PDS - Zuruf von Herrn Schulze, CDU)

Es geht nicht immer nur um körperliche Gewalt. Worte, Gesten und politisches Handeln sind immaterielle Gewalt, die viel effektiver ist, weil sie massenhaft wirkt.

Sechstens. Wir kennen Ihre Methode, statt über die Hauptstränge von Ursachen zu reden, Nebengleise in der Auseinandersetzung zu eröffnen. Der allseits hier zitierte Satz ist doch nicht die Ursache für den Verlauf der Protestdemonstration am Wochenende. Vielmehr sind es die Probleme der jungen Leute. Das belegen die Vorgänge in Berlin und Hannover deutlich genug.

(Zurufe von der CDU)

Wir lassen uns von Ihnen nicht in eine Wenn-und-aber-Diskussion ziehen. Uns bleibt wichtig, daß der Aufruf zu dieser Demonstration aus den Reihen der Betroffenen und Trauernden selbst kam. Es war wichtig, daß sie von einem breiten Bürgerbündnis unterstützt wurde, damit das Anliegen als allgemeines aufgegriffen werden konnte. Es bleibt wichtig, daß es die Demonstrationen gegeben hat, weil solche Morde nicht widerstandslos und stumm hingenommen werden können.

(Lebhafter Beifall bei der PDS)

Aus diesem Grund lassen wir die Diskussion nicht auf besagten und zitierten Satz reduzieren. Aus diesem Grund werden wir uns auch nicht vom Initiativkreis „Antifaschistische Initiative“ distanzieren, sondern das grundsätzliche Anliegen weiterhin aktiv unterstützen.

Wenn wir das nämlich täten, müßten wir uns auch von der politischen Zielstellung verabschieden. Und diesen Gefallen werden wir Ihnen nicht erbringen. Das wäre für Sie dann nämlich schon sehr bequem.

(Frau Leppinger, SPD: Das wäre höchst interessant! - Herr Lehmann, SPD: Endlich fallen die Masken!)

Sie könnten dann noch unbemerkt die Probleme und die Verantwortung für die Problemlösung abschieben. Immer weniger Menschen würden dann laut und deutlich sagen, daß Ihre Politik Mitverursacherin ist.

In Magdeburg ist politisch motiviert ein junger Mensch, ein Punk, ermordet worden. In Berlin wird ein linker Buchhändler von einem Rechtsradikalen niedergestreckt. Gewalt ist Alltag. Verschweigen und Wegsehen sind Alltagsverhalten.

Wenn Sie sagen, daß man doch besser nicht öffentlich dagegen antreten und dagegen demonstrieren solle, weil offene Auseinandersetzungen zu befürchten seien, dann gehört das zu Ihrer politischen Mitschuld. Rechtsentwicklung und entsprechende Organisationen sind in der Bundesrepublik Deutschland so gründlich verschwiegen worden, daß diese sich erst recht weitestgehend ungestört entwickeln konnten.

Werfen Sie bloß nicht den Trauernden ihre Wut und Ohnmacht vor. Sie waren nicht bei der Mahnwache.

(Lebhafter Beifall bei der PDS)

Zu einer Stellungnahme haben Sie sich auch erst viel zu spät bereit gefunden. Für uns hat die CDU das moralische Recht verloren, Verurteilungen vorzunehmen.

(Beifall bei der PDS)

Ihr Kanzler wollte sich in Halle mit Demonstranten prügeln. Kommen Sie mir bloß nicht mit Ihrem parteichristlichen Scheinheiligenschein.

(Herr Dr. Bergner, CDU: Das ist eine Unverschämtheit! - Unruhe bei der CDU)

Wir werden Ihnen auch in Zukunft den Spiegel vorhalten. Unseres Widerstandes können Sie sicher sein. Ihre Diffamierungen und Unterstellungen werden uns nicht aufhalten.

Lassen Sie mich mit einem Zitat von Martin Niemöller enden:

„Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen.“

(Zuruf von Herrn Webel, CDU)

„Ich war ja kein Kommunist. Als sie Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen. Ich war ja kein Sozialdemokrat. Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich nicht protestiert. Ich war ja kein Gewerkschafter. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestierte.“

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Herr Dr. Wolf:

Da sich bereits ein weiterer Fraktionsvorsitzender angemeldet hat und nicht auszuschließen ist, daß dem noch weitere Fraktionsvorsitzende folgen, erlaube ich mir, eine Zwischenbemerkung zu machen.

Natürlich steht es mir nicht zu, das Rederecht der Fraktionsvorsitzenden einzuschränken. Aber es gab schon einmal eine Absprache im Ältestenrat, daß dieses Recht nicht dazu genutzt werden darf, die Debatte zu verlängern. Wenn jemand eine fertige Rede vorliest, dann entspricht das auch nicht dem Anliegen einer Aktuellen Debatte, sondern man hat das Gefühl, als ob von vornherein ein größerer Zeitfonds für die Rede der eigenen Fraktion vorgesehen wurde. Ich bitte die weiteren Redner darum, das zu berücksichtigen.

Bitte, Herr Dr. Bergner, Sie haben das Wort.

Herr Dr. Bergner (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe hier nur Stichpunkte. Insofern handelt es sich nicht um eine vorbereitete Rede.

(Oh! bei der PDS)

Aber ich habe das Bedürfnis - und ich spreche für die CDU-Fraktion -, Frau Leppinger und dem Innenminister ausdrücklich Dank für die eindeutigen Worte zu sagen.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Frau Thomann, Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke, es ist wichtig, ungeachtet aller Konflikte, die uns sonst trennen, daß aus diesem Landtag das Signal gegeben wird, daß eine eindeutige Mehrheit im Landtag Sachsen-Anhalts unsere Polizei bei ihrem Handeln unterstützt. Dazu sollten wir uns gemeinsam bekennen.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD und beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin Ihnen, Frau Leppinger, auch dafür dankbar, daß Sie den Einwurf von Herrn Engel, für den er sich aus meiner Sicht entschuldigen sollte, entkräftet haben, indem Sie deutlich gemacht haben, daß es hierbei nicht

um eine Traditionslinie von 1989 bis zu den jetzigen Ereignissen geht. Denn jeder, der sich ernsthaft damit beschäftigt, wird merken, daß dies so nicht stimmt und so nicht haltbar ist.

Aber nun zu dem, was ich für das eigentliche Problem halte. Ich möchte das aus einer ganz persönlichen Erkenntnis heraus formulieren. Vor einigen Monaten wurde - der Mord ging auch durch die Presse - in Halle eine Dessauer Studentin, Cindy Fabian, gefangen genommen - über Tage! -, mißhandelt und schließlich erwürgt in einen Wald geworfen. Die Bürger der Stadt Halle - ich denke, nicht nur diejenigen der Stadt Halle - waren über diese schreckliche Gewalttat tief betroffen. Nachdem ich den Angehörigen von Frank Böttcher einen Beileidsbrief geschrieben hatte, habe ich mich gefragt, warum ich einen solchen nicht auch an die Angehörigen von Cindy Fabian geschrieben habe.

Liebe Freunde! Meine Damen und Herren! Das ist der Punkt, der uns nachdenklich stimmen sollte. Messen wir Gewalt mit zweierlei Maß? Das eine Mal den Gewaltexzeß, der von entfesselten, ebenfalls jungen Leuten ausgetobt wurde und an den sich kein politisches Motiv und kein politisches Etikett kleben läßt, Cindy Fabian, mindestens ebenso schrecklich, wenn man überhaupt solch makabere Vergleiche ziehen kann, wie der an Frank Böttcher, und das andere Mal - Frank Böttcher -, wo es im Umfeld eine Szene gab, die sofort Schuldige kannte und für die sofort klar war, daß hier Rache, Vergeltung und eine Gegenreaktion nötig sei.

Wir haben es nicht in der Hand, daß sich in der Jugendszene die Fronten so formieren. Aber wir sollten uns doch wenigstens hier im Hause klar darüber sein, daß Gewalt immer kriminell ist, daß Gewalt immer verfolgt werden muß und daß wir keine politischen Etiketten aufkleben sollten, die im Grunde genommen zur Rechtfertigung von Gewalt dienen.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD und beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Denn das eine ist klar: Das Etikett, das seien Faschisten, wir hätten Neofaschisten und was weiß ich nicht alles, das klebt sich schnell. Wir müssen uns nur einer Nebenwirkung bewußt werden: Wer dies sagt, rechtfertigt auf der anderen Seite Jugendliche, die potentielle Gewalttäter sind.

(Herr Dr. Eichler, SPD: Was ist denn das? - Weitere Zurufe von der SPD - Unruhe bei der SPD und bei der PDS)

- Daß darunter potentielle Gewalttäter sind, hat doch die Demonstration am 22. Februar bewiesen.

In dem Moment, in dem ich eine politische Parteinahme damit verbinde, schaffe ich eine Legitimation. Das ist das Anliegen unseres Aufrufs gewesen, nicht an dieser Demonstration teilzunehmen.

Wir haben keinen Nachholbedarf in der Ablehnung von Gewalt. Aber wir fragen uns, ob man mit dieser Form der Parteinahme im Grunde genommen nicht Legitimationsmuster für neue Gewalt schafft und zur Eskalation beiträgt. Wer willens ist, über diese Frage nachzudenken, der sollte das tun; denn sie wird uns weiterhin begleiten.

Frau Kollegin Sitte, ich möchte noch einmal auf eines abheben, weil Sie sich über die Ursachen scheinbar völlig im klaren waren. Ich nehme an, wir beide sind

betroffen darüber, wie niedrig die Schwelle der Gewaltbereitschaft in bestimmten Kreisen der Jugendlichen - durchaus nicht bei allen, sondern nur bei einer Minderheit - ist. Ich bin betroffen, und ich unterstelle, Sie sind es auch. Nur, wenn für Sie die Ursachen so klar sind, dann machen Sie es sich meines Erachtens zu einfach.

Nicht um auf Ihre pauschale Kritik an CDU und Bundeskanzler in diesem Zusammenhang mit einem platten Argument zu erwidern, sondern um Ihre Nachdenklichkeit anzuregen, will ich Sie auf eines hinweisen: Die Generation der Jugendlichen, die jetzt stärker, als wir es je erwartet hätten, und vielleicht stärker als in anderen Regionen Deutschlands Gewaltbereitschaft zeigen, sind die Jugendlichen, die in einem Einheitsschulsystem Halstuchzwang und Blauhemdzwang hatten.

(Beifall bei der CDU - Oh! bei der PDS)

Wenn wir über Ursachen nachdenken, müssen wir auch über diese Herkunft und über diese Ursachen nachdenken. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Wolf:

Bevor der nächste Fraktionsvorsitzende das Wort erhält - einen Moment bitte, Herr Dr. Fikentscher -, hat der Abgeordnete Herr Lehmann das Wort.

Herr Lehmann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Gärtner - er ist im Moment leider nicht da -, ich fordere Sie auf, sich dafür zu entschuldigen, daß Sie während der Rede meiner Kollegin Anette Leppinger den Zuruf losgelassen haben: „Schönhuber läßt grüßen“.

(Frau Dr. Sitte, PDS: „Schönbohm“ hieß das! „Schönbohm läßt grüßen“, der Berliner war gemeint!)

- Das ist mir egal. Ich fordere ihn trotzdem auf, sich hier zu entschuldigen.

(Zurufe von der PDS)

Ich bin mir sicher, daß nicht nur ich „Schönhuber“ verstanden habe. Vielleicht sollte sich Herr Gärtner an dieser Stelle tatsächlich erklären. Im übrigen fordere ich ihn auf, sich, wenn er hier schon solche Zwischenrufe losläßt, auf den Boden der demokratischen Grundordnung zu stellen oder dieses Haus zu verlassen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Wolf:

Das Wort hat der Vorsitzende der SPD-Fraktion. Herr Dr. Fikentscher, bitte sehr.

Herr Dr. Fikentscher (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte nur zwei kurze Bemerkungen machen.

Erstens. Herr Kollege Bergner, Sie sollten Ihre Worte vielleicht etwas sorgfältiger wählen; denn wenn Sie sagen: „Jugendliche sind potentielle Gewalttäter“ - -

(Herr Dr. Bergner, CDU: Das habe ich doch nicht gesagt! Verdrehen Sie doch nicht die Worte!)

- Sie haben es gesagt. Vielleicht haben Sie Gelegenheit, das richtigzustellen. Dies sollte so nicht im Raum stehenbleiben.

Da von der Tradition des Herbstes 1989 die Rede war und versucht worden ist, eine Verbindung zu den Demonstrationen in der vergangenen Woche herzustellen, ist mir nach dem, was Sie gesagt haben, ein Punkt aufgefallen: Damals wie heute hat die CDU offenbar hinter der Gardine gestanden, auf die Straße geschaut und gewartet, wie die Sache ausgeht, um hinterher recht zu behalten.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Wolf:

Herr Dr. Fikentscher, gestatten Sie noch eine Frage?

(Herr Dr. Bergner, CDU: Ich möchte als Vorsitzender der Fraktion sprechen! - Herr Dr. Daehre, CDU: Das alles ist eine bodenlose Frechheit! So eine Unverschämtheit!)

- Bitte, Herr Dr. Bergner.

Herr Dr. Bergner (CDU):

Herr Kollege Fikentscher, ich merke, daß Ihnen in manchen Diskussionen jedes Argument recht ist.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Wenn Sie schon diesen Zwischenruf von Herrn Engel aufgreifen, dann bitte ich Sie, Namen für Namen die Mitglieder der CDU-Fraktion durchzugehen

(Herr Dr. Daehre, CDU: So ist das! Aber gleich!)

und zu fragen, wo sie bei den Demonstrationen im Jahr 1989 waren. Wir können gerne Vergleiche zur SPD-Fraktion ziehen.

(Frau Leppinger, SPD: Na, na, na!)

Ich muß den Vergleich nicht scheuen. Drei Mitglieder unserer Fraktion waren aus politischen Gründen inhaftiert.

Ich weise solche albernen Vorwürfe zurück!

(Beifall bei der CDU - Unruhe bei allen Fraktionen)

Vizepräsident Herr Dr. Wolf:

Gestatten Sie noch eine Frage?

(Herr Dr. Bergner, CDU: Nein!)

Bitte, Herr Tschiche.

Herr Tschiche (Bündnis 90/DIE GRÜNEN):

Vielleicht können wir ein bißchen Ruhe in die Diskussion bekommen.

(Herr Dr. Daehre, CDU: Die war drinnen!)

Ich möchte jetzt etwas zu bedenken geben. Ich glaube, man darf sozusagen individuelle Gewalttätigkeit, also reine Kriminalität, und politische Gewalttätigkeit nicht in einen Topf werfen.

(Herr Dr. Bergner, CDU: Ist sie denn wirklich politisch, Herr Tschiche? - Zuruf von der PDS)

Ich möchte auf folgendes abheben: Herr Bergner, bitte erinnern Sie sich daran, daß in Schleswig-Holstein ein Polizist ohne Vorwarnung von einem Menschen erschos-

sen worden ist, der dem „Weißen Arischen Widerstand“ angehört. Herr Bergner, das heißt, an diesem Punkt müssen wir angesichts der Geschichte, die wir hinter uns haben, besonders vorsichtig sein.

(Herr Becker, CDU: Das ist ein Krimineller gewesen!)

Wir dürfen nicht den Fehler begehen - das ist mein Anliegen; ich bitte das zu bedenken -, diesen Vorfall zu kriminalisieren und damit zu individualisieren. Das ist das Problem, das ich politisch an diesem Punkt sehe. Diesen Zusammenhang sollte man sich verdeutlichen.

Es ist meine stille Befürchtung, daß in Deutschland der Nährboden für solche Entwicklungen weiter wachsen wird.

Ich möchte noch etwas hinzufügen: Überlegen Sie sich bitte einmal, daß in Baden-Württemberg neun oder zehn Republikaner, also Leute aus diesem Spektrum, im Parlament sitzen.

(Herr Becker, CDU: Nur, wir paktieren in Baden-Württemberg nicht mit denen! Im Gegensatz zu Ihnen - mit denen da drüben! Das ist ein Unterschied!)

- Herr Becker, immerhin würde ich - vielleicht wage ich mich mit dieser Äußerung vor - die Republikaner mit der Mehrheit der Kollegen in dieser PDS-Fraktion nicht vergleichen.

(Herr Becker, CDU: Mit der Mehrheit! - Herr Rahmig, SPD: Herr Becker, Sie haben damals Herrn Filbinger und andere aufgezogen! Der war auch nicht gerade besser! - Herr Becker, CDU: Herr Filbinger ist doch gestürzt!)

Denken Sie daran, es kann sein und es gibt bereits Anzeichen dafür, daß aus der rechten Szene brutale Gewalt kommt, die unter Umständen unser demokratisches Staatswesen zerstören kann. Das dürfen wir nicht individualisieren. Das ist mein Hauptanliegen.

(Herr Dr. Daehre, CDU: Von den Linken aber auch, Herr Tschiche! Vergessen wir das nicht! - Herr Becker, CDU: Sie brauchen nur den Innenminister anzuhören! Er hat doch gesagt, was es ist! Frau Leppinger hätten Sie hören müssen! Aber der ist doch auf dem linken Auge blind!)

Meine Damen und Herren!

Vizepräsident Herr Dr. Wolf:

Herr Tschiche, das bringt doch jetzt nichts mehr.

Herr Tschiche (Bündnis 90/DIE GRÜNEN):

Ich glaube, die Auseinandersetzung bringt jetzt nichts mehr; das meint auch der sehr verehrte Herr Landtagspräsident.

Ansonsten würde ich Ihnen gern noch eine Lektion über die deutsche Entwicklung nach dem Jahr 1945 geben und Ihnen sagen, woher die Demokratisierung des bundesdeutschen Rechtsstaates und die Auseinandersetzung mit ihm gekommen ist. Sie ist nämlich weder von der konservativen noch von der rechten Seite gekommen, sondern sie ist von der linken Seite ausgegangen. Auch das muß man sich vor Augen führen.

(Beifall beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und bei der PDS)

Der Mief des Adenauer-Staates ist im Grunde verschwunden, weil die Jugend auf die Straße gegangen ist und klar Schiff gemacht hat. Das muß man sich auch noch einmal klarmachen, meine Damen und Herren. - Aber lassen wir es.

(Beifall beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD - Herr Dr. Bergner, CDU: Da gebe ich ihm recht!)

Vizepräsident Herr Dr. Wolf:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da nicht damit zu rechnen ist, daß durch die Fortführung der Debatte Übereinstimmung erzielt werden kann, beende ich dieselbe hiermit.

(Beifall bei der CDU)

Damit ist der Tagesordnungspunkt 1 abgeschlossen.

Ich darf die Mitglieder der Enquete-Kommission „Schule mit Zukunft“ bitten, sich verabredungsgemäß in der Nähe des Ausgangs einzufinden.

Ich entlasse Sie bis 15 Uhr in die Mittagspause. Mahlzeit!

Unterbrechung: 14.01 Uhr.

Wiederbeginn: 15.02 Uhr.

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir fahren in der Sitzung fort.

Zu Beginn hat Herr Dr. Bergner darum gebeten, gemäß § 67 unserer Geschäftsordnung eine **persönliche Bemerkung** machen zu dürfen. Bitte sehr, Herr Dr. Bergner.

Herr Dr. Bergner (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bei meinem letzten Redebeitrag im Rahmen der Aktuellen Debatte habe ich eine Formulierung gebraucht, die, so haben mir Kollegen gesagt - das Wortprotokoll liegt leider noch nicht vor -, so gedeutet werden könnte, als wollte ich behaupten, die Jugend sei im allgemeinen oder generell gewaltbereit. Auch wenn der Kontext meiner Ausführungen in diesem Sinne eigentlich klarstellend wirken müßte, will ich doch wenigstens folgendes bemerken:

Wenn ich von gewaltbereiten Jugendlichen spreche, beziehe ich mich ausdrücklich auf eine ausgesprochene Minderheit. Der großen Mehrheit unserer Jugendlichen - das kann ich bis in die eigene Familie hinein belegen - täte man sehr unrecht, würde man sie einer zur Gewalt neigenden Szene zuordnen.

Ich bitte also ausdrücklich die Jugendlichen, die sich zu diesem Zeitpunkt im Raum befunden und mich möglicherweise mißverstanden haben, um Entschuldigung, und ich bitte außerdem als ein Gebot der Fairneß, diese Stelle des Wortprotokolls in der Öffentlichkeit nicht mißbräuchlich zu verwenden. Ich müßte mich sonst mißverstanden fühlen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Meine Damen und Herren! Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf: